

# Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für **Preßburg**: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In **Preßburg** abonniert man bei der **Administration: Apollonigasse Nr. 10.** — **Auswärtige Abonnenten** abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. **Inserate** werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — **Redaction:** Michaelerthor Nr. 164.

Nr. 84.

Mittwoch 14. April 1875.

IV. Jahrgang.

## Die Finanzpolitik des neuen Ministeriums im Oberhause.

Wir kommen heute auf die gestern nur kurz skizzierte Verhandlung im Oberhause ausführlicher zurück. Minister Széll wiederholte nur, was er schon im Abgeordnetenhaus gesagt: daß es ihm vorläufig nur um die Bewilligung des von der vorigen Regierung aufgestellten Budgets zu thun sei, und daß er über die Zukunft sich noch gar keine bestimmten Gedanken gemacht. Darauf ergriff das Wort Graf Johann Cziráky: Es sei mir daher gestattet, einen retrospectiven Blick auf das zu werfen, was der Herr Finanzminister gesagt hat, und was wir in ähnlicher Weise seit dem Wiedereintritte unseres selbstständigen Verfügungsrechtes bereits wiederholt gehört haben. Seither waren in den verschiedenen Bilanzen die Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates immer schönfärbereich dargestellt, ja es wurden sogar, allerdings nur auf dem Papier, Einnahmenüberschüsse illusorischer Natur nachgewiesen. Bei solchen Anlässen wurde immer zu Palliativmitteln gegriffen. Wir versuchten es erst mit kleinen Schulden, und da diese das Uebel nur noch verschlimmerten, sehen wir uns endlich genöthigt, jene ungemein drückende Anleihe abzuschließen, bezüglich deren Inaustulung ich eben heute meinen Bericht eingebracht habe.

Bei allen diesen Anlässen erhielten wir von den Vorgängern des Herrn Finanzministers die Versicherung, daß nunmehr die Uebel geheilt sind, daß das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt ist. Es wurden Berechnungen auf ganz haltloser Basis aufgestellt und diese Berechnungen erwiesen sich hinterher als falsch, und die Opfer, die wir brachten, indem wir in der Hoffnung der definitiven Besserung der Finanzlage immer neue Lasten übernahmen, stellten sich als nutzlos heraus. Eigenthümlich genug trat immer, wenn die Schwierigkeiten bei der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte mächtig anwuchsen, eine kleine Ministerkrisis ein, immer mußte ein Mitglied der Regierung der Finanzlage gewissermaßen zum Opfer fallen. Bei all' diesen Personenwecheln hieß es, wir müssen nunmehr mit unerer Forderung wegen Verbesserung der Finanzlage warten, es werde nun bald besser werden. Besonders große Dimensionen nahm diese Erscheinung im vorigen Jahre an, als die Ministerkrisis schon entschieden und in umfassendem Maße ausbrach, und jener geachtete und bedeutende Mann übernahm die Leitung des Finanzwesens, den die Nation mit den frohesten Hoffnungen, den höchst gespannten Erwartungen begrüßte, da sie von ihm mit Sicherheit die Erlösung aus unseren schweren Uebeln gewärtigte. Diese Hoffnung basirte auf der Voraussetzung, daß er nach Oben und nach Unten Alles anbieten werde, das gegenwärtige unhaltbare, weil auf falscher Basis beruhende System, welches einen ungefunken und kostspieligen Apparat

erfordert, und jede Restriction der Ausgaben ausschließt, endlich zu beseitigen.

Aber der Herr Minister muß doch eine gewisse allgemeine Finanzpolitik als leitendes Princip besitzen. Ich kann in den Versprechungen des Herrn Ministers nur einen Wechsel auf lange Sicht erblicken, ein Versprechen für die Zukunft, welches alle bezüglichen Fragen ungelöst läßt und keineswegs eine Beruhigung bieten kann. Wir sind schon zu oft durch Versprechungen für die Zukunft getäuscht worden, als daß wir uns neuerdings eiteln Hoffnungen hingeben sollen. Das Oberhaus wird die Uebnahme der allgemeinen Lasten nicht verweigern, wenn ihre Nothwendigkeit, die Möglichkeit, sie zu tragen, und der Umstand, daß sie mit den volkswirtschaftlichen Interessen nicht im schreiendsten Widerspruch steht, nachgewiesen wird. Aber ich kann es nicht billigen, wenn die Heilung des Uebels mit schönen Versprechungen noch länger hintangehalten wird. Innerhalb des Rahmens des gegenwärtigen Systems ist diese Heilung auch nicht möglich. Alle früheren Regierungen haben versprochen, sie würden durch volkswirtschaftliche Maßregeln das Volk steuerfähig machen, es geschah aber das Gegentheil. Der Vortrag des Finanzministers hat meine Besorgnisse für die Zukunft noch gesteigert. Ich begehe kein Mißtrauen gegen die einzelnen Mitglieder der Regierung, wohl aber gegen ihre Finanzpolitik.

Graf Ferdinand Zichy: Die Basis einer richtigen Finanzpolitik besteht in der correcten politischen Richtung. Beim parlamentarischen Regime ist die correcte Richtung der herrschenden Partei und, was noch wichtiger, eine sichere Richtung der öffentlichen Meinung des Landes erforderlich. Aus dem Abgange dieser nothwendigen Bedingungen ist die gegenwärtige Lage entstanden. Von der jüngsten Krisis wurde in dieser Beziehung gerade eine weitliche Besserung erwartet und gerade diesbezüglich bietet die Lage der Regierung keine Garantie. Die Scheidung der parlamentarischen Parteien nach staatsrechtlichen Fragen hat bezüglich der namhafteren Factoren aufgehört. Aber diese Scheidung war für eine correcte Parteirichtung bezüglich der Verwaltungsfragen kein absolutes Hinderniß.

Ich frage: ist die politische Basis unseres Finanzprogrammes die Richtung der gewissen Rechten, die uns bis hieher geführt hat, oder die der Linken, welche jene, in der Vortragung der Ausgaben und in den Reformen ohne gebührende Würdigung der Exigenzen der Lage noch überflügelt hat? Oder welche Combination dieser Beiden bildet die Basis? Ohne die bestimmte Bezeichnung der maßgebenden politischen, administrativen und finanziellen Fragen ist eine feste Parteibildung weder im Parlamente, noch im Lande möglich. Aus dem Mangel dieser Grundlagen ist das Schwankende unseres Verfahrens hervorgegangen. Einer solchen Basis ermangelt auch das Finanzprogramm der Regierung und in Ermangelung eines solchen Programmes kann ich keine Hoffnung zur Lösung unserer finanziellen Wirren hegen. Nichtsdestoweniger wollen wir

die Steuergesetze der Dreier-Commission zuweisen, denn die Schwierigkeiten des Momentes verlangen es, und hoffen wir, daß wir auf dem künftigen Reichstage unsere Finanzpolitik auf eine festere Gestaltung der Parteien werden basiren können.

Graf Anton Szecsen theilt die Ansicht des Grafen Zichy, daß das vorhandene Uebel nicht durch einzelne Finanzoperationen und einzelne Erparungen, sondern nur durch die Aenderung des Systems und der Richtung geheilt werden kann. Unter diesem System versteht er jedoch nicht die bestehenden staatlichen Formen und die Rechte des Staates, sondern den Geist, die Art und Weise, wie bisher die Angelegenheiten geleitet worden sind, und deren Resultate den Interessen des Landes nicht entsprechen; er versteht darunter den Geist, der nicht darauf bestrbt war, daß jede Verfügung auf den gegebenen Verhältnissen basirend, den vorhandenen Kräften entsprechend, den klar erkannten Zielen des Landes zuführe, sondern der eher der Eitelkeit des Augenblicks schmeichelte und dem Scheine die Wirklichkeit opferte. Von diesem Gesichtspunkte finde er sich durch die Erklärung des Finanzministers nicht beruhigt. Uebrigens erwarte er die Regierung auf dem Felde der Thaten und diesen Thaten entsprechend werde er seinerzeit sein Vertrauen durch Thaten und nicht durch Worte beweisen.

Minister Széll und Baron Bay erwidern mit dem Hinweise auf die neue Parteigestaltung, welche Alles zum Bessern wenden werde.

Darauf bemerkte Graf Johann Cziráky, daß sich das Haus und das Land als unerschöpflich in der Geduld gezeigt haben; wenn nun schon die äußerste Grenze erreicht worden, so folge daraus nicht, daß das Oberhaus die Geduld versagen wird, denn schließlich müsse es sich ja gedulden. Wenn Redner die Lage schwärzer sieht, als sie vielleicht ist, dann mögen ihn die Thaten später eines Besseren belehren. Der Finanzminister habe gesagt, man müsse mit den Bäumchen zart umgehen, bis sie Wurzel schlagen; aber Redner sieht keine Wurzeln. Zwei Parteien, die sich bisher scharf gegenüber gestanden, haben sich vereinigt.

Redner möchte wissen, worin sich diese Vereinigung concentrirt, denn wenn Del mit Wasser gemengt wird, so haben sie sich noch nie vereinigt; eine solche Fusion pflege gewöhnlich nur Confusion zu erzeugen. Das Wort „liberal“ bringe ihm die Frage des Pilatus in Erinnerung: „Was ist die Wahrheit?“ Auf die Lösung dieser Frage warten wir leider noch heute. Den Liberalismus könne sich jede Partei beimessen, und unter dieser Fahne seien schon anderwärts viele Dinge gechehen, die nicht den Schein von Liberalismus hatten. Die Worte des Finanzministers, daß nicht Alles auf ein Mal gechehen könne, werden bereits seit vier bis fünf Jahren ewig wiederholt; die wahre Bedeutung dieser Aeußerung macht Redner von der Anwendung abhängig.

Leider hat sich die Nation in dieser Hoffnung bitter getäuscht. Wohl wurde die Finanzlage wahr-

heitsgetreu und unverhüllt dargelegt, aber bezüglich der Abhilfe wurde nicht nur keine feste Basis geschaffen, sondern es wurde sogar das ganze System aufrecht erhalten. Jene kleinen Ersparungen, welche vorgeschlagen wurden, konnten eine radicale Hilfe nicht schaffen und es wurde die Einführung von Steuern vorgeschlagen, wie sie die Nation nur unter den vom rein fiscalischen Standpunkte ausgehenden Finanzmännern des absolutistischen Regimes kennen gelernt hat. Auch riefen diese Vorlagen eine allgemeine Wehllage in der Nation hervor und, da man den Gegenstand eingehender erörterte und es endlich betonte, daß gegen diese Uebel nur durch einen vollständigen Systemwechsel — worunter nicht die Vernichtung des parlamentarischen Systems und der constitutionellen Formen, sondern nur der Auswüchse derselben zu verstehen ist — die Abhilfe geschaffen werden kann, trat wieder eine, und zwar noch ernstere Ministerkrise ein, von welcher die Nation mit um so größerem Rechte ein bestimmtes Resultat erwarten konnte, weil nunmehr jene Männer in den Ministerfauteuils saßen, welche die Finanzpläne des früheren Ministers am heftigsten angegriffen hatten, und welche das Budget desselben nicht einmal als Basis der Discussion annehmen wollten. Nach der Ministerkrise wurde behauptet, die Finanzpolitik habe sich geändert. Nach dem, was der Finanzminister gesagt hat, kann ich keinerlei beachtenswerte Veränderungen wahrnehmen. Jene schönen Verwöhnungen und Hoffnungen, welche der Herr Minister ausgedrückt, wurden auch von seinem Vorgänger zum Ausdruck gebracht, und trotzdem verschlimmerte sich das Uebel immer mehr. Wir verlangen nicht, daß der Minister das ganze System sofort ändere; aber das kann ich nicht begreifen, wie man mit der Phrase, daß dieses Budget nur ein Uebergangsbudget ist, das Uebel beiseitigen oder auch nur mildern will. Jeder wird es natürlich finden, daß der Herr Minister im Augenblicke, da er das Portefeuille übernommen hat, keine concreten Detailpläne vorlegen konnte.

### Amerika. I. Nordamerika.

V. Der amerikanische Continent bietet uns in diesem Augenblicke in kirchen-politischer Beziehung ein höchst interessantes und belehrendes Bild dar. Nach seiner geographischen Unterscheidung in Nord-, Mittel- und Südamerika tritt ein verschiedenes Verhalten zum allgemeinen Weltkampfe gegen die christliche Cultur zu Tage.

Nordamerika, sowohl Canada, wie die Vereinigten Staaten, sind dem Principe treu geblieben, welches ihnen schon lange den confessionellen Frieden gesichert hat, dem Principe der Rechtsachtung, welches für jeden paritätischen Staat — und das sind fast ausschließlich in dieser Zeit alle größeren Staaten — das eigentliche Lebensprinzip ist. Wir sind weit entfernt, ein bloß juristisches Verhalten des Staates zur Religion als das Ideal anpreisen zu wollen; wir wissen sehr wohl, daß es ein unvollkommenes, unbefriedigendes Verhalten ist. Aber nachdem Gott zugelassen hat, daß Sünde und Trevel der Vorfahren uns das hohe Gut der Glaubenseinheit rauben konnten; daß der menschliche Irrthum mit der göttlichen Wahrheit als Gleiche neben einander gestellt werden konnten; seitdem durch Friedensschlüsse und Verträge diese Parität rechtlich festgestellt worden ist: seitdem erscheint es als unantastbare Pflicht nicht nur jedes Staatsmannes, sondern jedes einfachen Bürgers, das Recht der fremden Confessionsverwandten zu achten, wie das der eigenen; es als ein wohl-erworbenes Recht gegen jede Kränkung und Verletzung schützen zu helfen. Auf dieser Rechtsachtung ruht der innere Frieden der Staaten, ja der Staaten unter einander, wie wir in Europa das demnächst mit Schrecken erkennen werden. Dieser Frieden soll mit nichten ein fauler Frieden sein, unter dessen äußerer Decke die Geistessträgheit, der Indifferentismus, die feige Menschenfurcht ihre sittlichen Verheerungen vollziehen; nein, der geistige Kampf, das edle Ringen der Ideen, der Weiteifer hochgesinnter Geister aller Richtungen soll den ewlichen Sieg der göttlichen Wahrheit über den Irrthum herbeiführen — wir wollen keine anderen Besiegten wie solche, die frohen Herzens Gott und uns für den Sieg über sich danken. Der paritätische Staat aber — wie die geschichtliche Ent-

wicklung ihn einmal factisch für diese Zeitepoche gebildet hat — wacht mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit über die Aufrechterhaltung des äußeren Friedens, und enthält sich im Bewußtsein seiner Unberechtigung und seiner Unbefähigung jedes Eingreifens in die Rechtsphäre der Confessionen und in ihre Lebenseigentümlichkeit. Er zwingt die Kinder des Protestantismus nicht in den Gottesdienst der katholischen Kirche und die Kinder des Katholizismus nicht in die confessionellose Schule; er zwingt den gläubigen Juden weder zur Verletzung seines Sabbaths, noch seiner Speisegesetze, wenn derselbe seiner Militärpflicht genügt; wie er auch dem katholischen Beamten nicht zumuthet, sich gegen die von der Kirche vorgeschriebene Sonntagsheiligung zu veründigen. Deshalb herrscht im englischen sowohl wie im republikanischen Nordamerika ein gewisses allgemeines Niveau religiöser Sitte, in welcher alle Confessionen den unerlässlichen Schutz ihrer Ueberzeugungen finden; ein Niveau, welches dem Liberalismus und der Gedankenlosigkeit des „aufgeklärten“ Europa von unerträglichem Ernste erscheint.

Unter dem Schutze dieser Rechtsachtung und dieser Freiheit findet auch die Kirche die ihr nöthige Lebensluft. Unbehindert kann sie dem Befehle Christi folgen: „Gehet hin und lehret alle Völker!“ unbehindert kann sie die ihrem Geiste entsprechenden Organisationen entwickeln; unbehindert mit dem Centrum der katholischen Welt verkehren und von ihm Lehre, Weisung, Inspiration empfangen. Keine perfide, allmachtlüsterne und bornirte Bureaucratie darf es dort wagen, unter dem Lügenheime cultusministerieller Aufsicht geistige Vergiftungs- und Corruptionsversuche zu veranstalten; keine brutale Samajehengefönnung kann es sich dort einfallen lassen, die Gewissen und Ueberzeugungen nach einem hohenzollerischen Reglement drillen zu wollen; kein Bismarck und kein Stremayer veruchen es dort, die Beschränktheit ihrer Ideen den Confessionen als gemeinsames Maß vorzuschreiben und, was darüber hinausragt, abzumähen zu wollen. In Freiheit entwickeln sich dort die Geister und entscheiden sich, von keiner Polizei überwacht und beargwöhnt; von keiner corrupturigen Justiz geknechtet; von keiner Willkür um ihr rechtmäßiges Gut bestohlen; durch keine ministeriellen Bestechungen erkaufte.

Mit Hohn wies unlängst ein Wiener Revolutionsblatt darauf hin, daß der Cardinalsstuhls des Dr. Manning in England staatlich nicht so viel Geltung habe, wie der Knopf eines Constablers. Man konnte nicht besser die tiefe Gemeinheit dieser liberalen preussischen Anschauung bezeichnen: was nicht in den bureaukratischen Schematismus einrollt ist; was nicht quarantänar seinen staatlichen Sold erhält; was nicht in eine bestimmte Diätenklasse rangirt — das ist nicht! Der erste amerikanische Cardinal, den der hl. Vater — ein bedeutungsvoller Act — unlängst ernannt hat, hat auch keinen Platz in der Rangordnung der dortigen Bureaucratie angewiesen erhalten; keine Regierungshauptkassette zahlt ihm einen Gehalt aus oder sperrt ihn nach Belieben; — aber man muß so bornirt sein, wie ein Bismarck'sches Reptil, um die Bedeutung nicht zu fühlen, welche die Ernennung des ersten Cardinals für die freie, paritätische, im Rechtsschutze des Volkes und des Staates blühende Kirche Nordamerikas hat: eine Bedeutung, welche dadurch noch klarer hervortritt, daß zugleich zum ersten Male ein Convertit mit dem kirchlichen Purpur bekleidet wurde. Kein Schritt, den die Kirche Christi auf ihrem erhabenen Wege durch die Geschichte der Menschheit geht, ist ohne tiefe typische Bedeutung. Wir bewundern auch in diesem wieder den übernatürlichen Geist der Erkenntniß und Weisheit, den sie von oben empfängt und der sie befähigt, die geschichtliche Entwicklung der Welt mit der Weisheit des Alters zu erfassen und in ewiger Jugendkraft zu lenken. Das ist sie, welche der Dummstolz unserer Zeit noch vor wenigen Jahren als in unheilbarem Marasmus sterbend verachtete!

### Politische Uebersicht.

Freßburg, 13. April.

Vorgestern fand von 11 bis 3 Uhr ein Minister Rath statt, der sich hauptsächlich mit der Arbeitseinteilung der jetzigen Session des Reichstages beschäftigte. Es wurde beschlossen, jene, wenn auch schon dem Hause unterbreiteten Ge-

entwürfe, welche in dem vom Ministerium bei seinem Amtsantritte vorgelegten Actionsprogramme nicht enthalten waren, jetzt nicht zu verhandeln, und bleiben demnach auch die meisten Justizvorlagen, wie der Strafgesetze Entwurf, die Prozeßordnung, der Gesetzentwurf über die Verlassenschaft u. s. w. bis zum nächsten Reichstage in Schwabe; die Regierung wird an dem einmal vorgelegten Arbeitsprogramm festhalten und wird die Auflösung des Reichstages vor Pfingsten auf diese Weise jedenfalls möglich sein.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichte Justizminister Perczel den Gesetzentwurf über die Reorganisation der Gerichtshöfe erster Instanz. Hierauf wurde die Berathung des Gesetzentwurfs über die Erwerbsteuer zu Ende geführt und die Verhandlung über die Bergwerkssteuer begonnen. Das hervorragendste Moment der Verhandlung über den letztgenannten Entwurf bildete die Annahme des von M. Zenderassil eingereichten Amendements, laut welchem im §. 3 die Bestimmung, daß die Eisen- und Kohlenproduction mit 7% des Reineinkommens belastet wird, fallen gelassen und auch die Zweige des Bergbaues bloß mit 5% des Reineinkommens besteuert werden.

Die „Montags-Revue“ meldet: In Venedig hatten die handelspolitischen Referenten der beiderseitigen Cabinete in langer Conferenz die Gelegenheit zu umfassendem Meinungsaustausch, wobei die italienische Regierung volle Geneigtheit zu erkennen gab, den Wünschen Oesterreich-Ungarns bereitwillig entgegenzukommen, und versicherte, daß der neue Handelsvertrag sehr reich zu Stande kommen werde; der Ideenaustrausch über die Ponte-bahn führte zur Abmachung, daß Oesterreich den Bau dieser Linie beginnt, sobald Italien die letzte zum Anschluß notwendige Strecke in Angriff nimmt.

Der Kriegsartikel der Berliner „Post“, welcher hauptsächlich darauf berechnet war, Frankreich zu reizen, hat in der französischen Presse eine sehr kühle Aufnahme gefunden. Der „Moniteur“ sagt mit heißender Ironie: Es gibt keine Kriegspartei in Frankreich. Die Kammer, die Regierung, die Journale und das Publikum sind darin einmüthig, den Frieden als nothwendig zu betrachten und Alles zu vermeiden, was geeignet wäre, Andern die Mittel zur Gefährdung des Friedens zu bieten. Alle Journale sprechen sich in dem Sinne aus. „Siecle“ sagt: Der romanhafte Artikel der Berliner „Post“ beweist, daß die Geister in Deutschland sehr gestört sind. Wir wissen nicht, ob die Störung durch die Monarchenzusammenkunft in Venedig oder durch die Aufregung verursacht wurde, die der belgische Zwischenfall in der europäischen Presse hervorrief; aber sicherlich heißt es Frankreich wenig kennen, wenn man ihm, wie dies in Berlin geschieht, kriegerische Absichten zuschreibt.

Im preussischen Culturkampfe folgt Schlag auf Schlag. Sogar die Verfassung wird aufgehoben, um die Kirche besser bekämpfen zu können, und die Liberalen sind dumm genug, selbst die Hand zur Aufhebung der Verfassung zu bieten, ohne zu bedenken, daß sie in die Grube, welche sie damit der Kirche graben wollen, schließlich selbst hineinstürzen werden. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde nämlich der aus einem einzigen Artikel bestehende Gesetzentwurf eingebracht, welcher das Aeußerste bezeichnet, was in diesem Kampfe unternommen werden kann, indem er die Aufhebung der Artikel XV, XVI und XVIII der preussischen Verfassung fordert. Nach diesem Entwurfe hört die römisch-katholische wie jede andere Religions-Genossenschaft auf, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten; der Verkehr mit den kirchlichen Obern ist untersagt und der Staat vindicirt sich das Ernennungs- und Wahlrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen. Gleichzeitig werden alle geistlichen Orden aufgelöst. — Sogar die „N. Fr. Pr.“ findet die Energie, welche sich in dieser Wendung des Kampfes offenbare, „geradezu verblüffend.“



